



**JUNGE
EUROPÄISCHE
FÖDERALISTEN
THÜRINGEN**

Landesversammlung 2016

— Antragsbuch —

Antragsbereich P Programmatik
Antragsbereich Q Organisatorisches
Antragsbereich R Regularien
Antragsbereich S Satzungsänderungen

Stand: 8. November 2016

Inhaltsverzeichnis

1	Inhaltsverzeichnis	2
2	P 1	3
3	Stärkung der (Menschen)Rechte von LGBTQI*+ Personen	3
4	P 2	5
5	Anti-Terror-Politik der EU	5
6	P 3	7
7	Antrag zum Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.....	7
8	P 4	8
9	Antrag zur Schaffung von republikanischen Strukturen in den	
10	Mitgliedsstaaten der Europäischen Union	8

P1

Stärkung der (Menschen)Rechte von LGBTQI*+ Personen

Antragsteller*innen: Katja Michel, David Zühlke

Die Landesversammlung hat beschlossen:

- 1 Die Jungen Europäischen Föderalisten Thüringen...
- 2 • FESTSTELLEND, dass in der Europäischen Union durch die europäische
3 Menschenrechtskonvention¹ die Gleichheit, Freiheit und Individualität al-
4 ler Menschen in den Ländern der Europäischen Union gewährleistet wer-
5 den muss
- 6 • VERWEISEND, auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von
7 1948²
- 8 • und WAHRNEHMEND des beschlossenen Antrages „Für ein Europa der Fa-
9 milie und Liebe“ vom Bundeskongress der Jungen Europäischen Födera-
10 listen 2014

11 FORDERN:

- 12 1. Die europaweite Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaf-
13 ten sowie deren rechtliche und steuerliche Gleichstellung zu traditionel-
14 len, heteronormativen Partnerschaften.
- 15 2. Die Möglichkeit für gleichgeschlechtliche Paare, elternlose Kinder adop-
16 tieren zu dürfen um ihnen eine sichere und glückliche Kindheit zu gewähr-
17 leisten.
- 18 3. Dass die Länder der Europäischen Union das Ausweis- und Personen-
19 standswesen um die Geschlechterkategorie „X“ erweitern. Damit soll allen
20 Menschen, welche sich nicht eindeutig als eines der binären Geschlechter
21 identifizieren, die Möglichkeit gegeben werden, ihr individuelles, gesell-
22 schaftliches Geschlecht auch rechtlich zu leben.
- 23 4. Dass die Änderung des Geschlechts für Intersex*-, Queer*- und
24 Trans*personen europaweit vereinheitlicht und vereinfacht werden soll.
25 Behörden sollen auch vor der Änderung im Personenstandswesen die
26 Personen im gewählten Geschlecht anreden und entsprechende Prono-
27 men verwenden.
- 28 5. Die Einführung von Unisextoiletten in öffentlichen Gebäuden um Inter-
29 sex*-, Queer*-, und Trans*personen einen Ort bereitzustellen, auf dem
30 sie ohne Ängste und Zwänge auf Toilette gehen können.

31

32 **Begründung:**

33 **Zu 1.:**

¹ http://www.echr.coe.int/Documents/Convention_DEU.pdf

² http://www.ohchr.org/EN/UDHR/Documents/UDHR_Translations/ger.pdf

34 Die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften zur traditionellen, hete-
35 ronormativen Ehe ist ein Ziel, für welches schon seit sehr langer Zeit gekämpft
36 wird. Erst in dem laufenden Jahrhundert ist es den LGBTQI*+ Bewegungen gelun-
37 gen, in vereinzelt Ländern der Europäischen Union (im Folgenden: EU) die
38 rechtliche und steuerliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen und hetero-
39 normativen Partnerschaften durchzusetzen. 2001 haben die Niederlande als ers-
40 tes Land in der EU die gleichgeschlechtliche Ehe eingeführt. Eines der prominen-
41 testen aktuellen Beispiele ist die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe in
42 Irland durch einen Volksentscheid im Jahre 2015 (62,07% Dafür, 37,96% Dagegen,
43 60,52% Wahlbeteiligung). Dieses eindeutige Votum einer mehrheitlich katholi-
44 schen Bevölkerung zeigt, dass die Gleichstellung der Partnerschaften auf staatli-
45 cher und gesellschaftlicher Ebene möglich ist.

46
47 **Zu 2.:**

48 Verweis auf Beschluss des BuKo 2014

49
50 **Zu 3.:**

51 Personen nicht-binärer Geschlechter sehen sich im täglichen Leben nicht selten
52 Problemen der Anrede und Pronomen ausgesetzt. Hierzu ist die Einführung des
53 Geschlechts „X“ ein Schritt, um die Gesellschaft für solche Geschlechter zu sensi-
54 bilisieren. In Australien und Neuseeland wurde im Ausweiswesen das Geschlecht
55 „X“ schon eingeführt und von nicht-binären sowie Intersex-Personen in Anspruch
56 genommen.

57
58
59 **Zu 4.:**

60 Trans*personen haben große Probleme von den Institutionen als das Geschlecht
61 angesehen zu werden, als das sie sich identifizieren. Dadurch kommt es zu einem
62 täglichen Kampf um Anerkennung als das entsprechende Geschlecht. Das wieder-
63 holte falsche Verwenden von Anreden und Pronomen stellt eine verstärkte psy-
64 chische Belastung von Trans*personen dar. Dies sollte speziell von Behörden ver-
65 mieden werden.

66
67 **Zu 5.:**

68 Der Gang zur Toilette sollte nicht zur Qual werden. Jedoch ist das für viele Inter-
69 sex*-, Queer*- und Trans*personen leider zu häufig der Fall. Durch äußerliche
70 Unterschiede zu den binären, heteronormativen Geschlechtern fallen Intersex*-,
71 Queer*- und Trans*personen auf und müssen sich nicht selten herabwürdigen
72 Blicken, verbaler Diskriminierung und auch körperlicher Gewalt aussetzen. Um
73 für Intersex*-, Queer*- und Trans*personen einen sicheren Bereich zu schaffen,
74 in dem sie möglichst Sorgenfrei auf Toilette gehen, sich nachschminken oder im
75 Notfall auch umziehen können, sollten in öffentlichen Einrichtung zusätzlich zu
76 den Toiletten für Frauen und Männer auch Unisextoiletten eingerichtet werden.
77 Die Gefahr, dass die Menschen, die Intersex*-, Queer*- und Trans*personen auf
78 den „normalen“ Toiletten diskriminiert haben dies auch auf den Unisextoiletten
79 weiterführen würden ist eher gering, da die meisten der Gewohnheit nach auf
80 ihre eigentlichen Toiletten gehen würden.



Anti-Terror-Politik der EU

Antragsteller: Ruben Alemán, Katja Michel

Die Landesversammlung hat beschlossen:

81 Die Jungen Europäischen Föderalisten

- 82 • betonend, dass der Kampf gegen Terror eine wichtige Herausforderung für
- 83 die Sicherheit global und innerhalb der EU darstellt,
- 84 • feststellend, dass die Europäische Union gemäß den Verträgen nur begrenzt
- 85 handlungsfähig im Bereich der Terrorismusbekämpfung ist (Missionen im
- 86 Ausland zum Kampf gegen Terrorismus nach einstimmigem Ratsbeschluss
- 87 gemäß Artikel 42 Abs. 1 und 4 in Verbindung mit Art. 43 Abs. 1 EUV; Maßnah-
- 88 men gegen die Terrorismusfinanzierung gemäß Art. 75 AEUV im ordentlichen
- 89 Gesetzgebungsverfahren; sowie Mindestvorschriften für Straftaten im Be-
- 90 reich des Terrorismus gemäß Art. 83 AEUV),
- 91 • überzeugt, dass die Frage der Grenzsicherung bei der Bekämpfung des Ter-
- 92 rorismus keine bedeutende Rolle einnimmt, da die Terrorismus zu Grunde
- 93 liegenden Ideologien auch an geschlossenen Grenzen nicht Halt machen, die
- 94 innere Einstellung von Grenzen überquerenden Menschen in der Regel nicht
- 95 festgestellt werden kann und zudem eine Radikalisierung von zu Hause aus,
- 96 über das Internet, und im Zusammenhang mit dem sozialen Umfeld sowie der
- 97 sozialen Lage der Einzelnen wahrscheinlicher ist,
- 98 • darauf hinweisend, dass präventive Maßnahmen das wichtigste Instrument
- 99 für eine langfristige Bekämpfung terroristischer Aktivitäten darstellen,

100 Fordern:

- 101 1. die Fortführung ziviler Missionen zur Terrorismusbekämpfung außerhalb der
- 102 Europäischen Union im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheits-
- 103 politik unter zentraler Kontrolle der EU,
- 104 2. eine Änderung der Verträge dahingehend, dass die Bekämpfung von Terroris-
- 105 mus innerhalb der Europäischen Union zur geteilten Zuständigkeit gemäß Art.
- 106 2 Abs. 2 AEUV wird,
- 107 3. die Europäische Kommission dazu auf, einen Gesetzesentwurf zur Fusion von
- 108 IntCen³ und des EU Counter Terrorism Centers⁴ als Untereinheit von Europol
- 109 einzubringen, der die Aufgaben der neu geschaffenen Einheit klar definiert
- 110 und ihre Arbeit einer parlamentarischen Kontrolle unterwirft. So soll eine ef-
- 111 fektive und grundrechtskonforme Arbeit zur Bekämpfung von Terrorismus
- 112 gewährleistet werden. Unter anderem sollen der Einheit genügend personelle
- 113 und finanzielle Ressourcen zur Analyse von Werbestrategien terroristischer
- 114 Vereinigungen zur Verfügung gestellt werden. Nationale Daten und Informa-
- 115 tionen über die terroristischen Vereinigungen sollen in dieser Einheit zusam-
- 116 menlaufen,

³ http://eeas.europa.eu/factsheets/docs/20150206_factsheet_eu_intcen_en.pdf

⁴ <https://www.europol.europa.eu/content/ectc>

- 117 4. im Zusammenhang mit Punkt 3 ein Festhalten am Grundsatz der loyale Zu-
118 sammenhalt gemäß Art. 4 Abs. 3 EUV um den notwendigen konstanten Fluss
119 von Informationen aus den Mitgliedsstaaten an die neu geschaffene Einheit
120 zu gewährleisten,
121 5. die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher
122 Initiativen, die sich mit der Prävention gegen Terrorismus beschäftigen,
123 6. die Verstärkung des Radicalisation Awareness Network (RAN)⁵ als eine Ver-
124 netzungsstelle für in der Prävention aktive Expert*innen.

Begründung:

(erfolgt mündlich)

⁵ http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/index_en.htm

P3

Antrag zum Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Antragsteller: Paul Meyer Bussian

Die Landesversammlung hat beschlossen:

- 1 Die JEF fordert die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf, dass die EU-Beitrittsver-
- 2 handlungen mit der Türkei abgebrochen werden und stattdessen die Türkei mit
- 3 Sanktionen belegt werden.

- 4 Gleichzeitig sollte auch der „Flüchtlingsdeal“ mit der Türkei sofort beendet und
- 5 wieder die Verteilung von flüchtenden und geflüchteten Menschen auf alle Mit-
- 6 gliedsstaaten forciert werden.

- 7 In den letzten Monaten hat sich die Türkei immer weiter zu einem autokrati-
- 8 schen Staat entwickelt. Unter fadenscheinigen Vorwürfen werden Oppositionelle
- 9 und Journalist*innen verfolgt und inhaftiert. Menschenrechte, und somit auch
- 10 europäische Werte, werden mit Füßen getreten. Weiterhin wird in der Türkei auf
- 11 die Wiedereinführung der Todesstrafe hingearbeitet und territoriale Ansprüche
- 12 auf Mitgliedsländer der EU angemeldet. Mittlerweile sehen wir die rote Linie
- 13 überschritten und finden, dass solches Verhalten sanktioniert gehört.

- 14 Abgesehen von der aktuellen politischen Situation in der Türkei, besteht die Tat-
- 15 sache, dass durch das Eingreifen der türkischen Armee im kurdischen Teil der
- 16 Türkei und Syrien und, dass die Türkei so selbst für die Vertreibung tausender
- 17 Menschen verantwortlich ist, wir keine Möglichkeit sehen so den, ohnehin zwei-
- 18 felhaften, sogenannten „Flüchtlingsdeal“ weiterzuführen.

Begründung:

(erfolgt mündlich)

P4

Antrag zur Schaffung von republikanischen Strukturen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union

Antragsteller: Paul Meyer Bussian

Die Landesversammlung hat beschlossen:

- 19 Die Jungen Europäischen Föderalisten bekennen sich zum einem europäischen
20 und demokratischen Bundesstaat. Jedoch gibt es in der EU einige Mitgliedsstaa-
21 ten, in welchen es noch immer monarchistische Staatsoberhäupter oder gleich-
22 artig besetzte legislative Kammern gibt.
- 23 Die JEF sieht darin einen erheblichen Widerspruch und fordert die Mitgliedsstaa-
24 ten der EU auf, sich von ihren monarchistischen und aristokratischen Altlasten
25 zu befreien.
- 26 Im Detail fordert die JEF:
- 27 - Abschaffung von monarchistischen und aristokratischen Titeln
 - 28 - Ersetzen von monarchistischen und aristokratischen Kammern und
29 Staatsoberhäuptern durch tatsächlich demokratisch legitimierte Pen-
30 dants
 - 31 - So genannter „Kronbesitz“ soll zu einem tatsächlichen Teil des entspre-
32 chenden Mitgliedsstaates werden und sich entsprechen den Regeln und
33 Gesetzen des respektiven Mitgliedsstaates und der EU beugen
 - 34 - Konstitutionelle bzw. parlamentarische Monarchien sollen diplomatisch,
35 wie Autokratien behandelt werden.

Begründung:

(erfolgt mündlich)